

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

107 (10.5.1909)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Verlag: Die einseitige, kleine Seite, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Anzeigen billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Anzeigen für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Anzeigen müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 7 Uhr.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12-1/2 Uhr. Redaktionszuschlag: 1/10 Uhr vormittags.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues u. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Gerd u. Co., Karlsruhe.

Echte u. falsche Volksvertreter.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns: Die Wahlprüfungscommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat wie wir schon berichteten, am Freitag mit allen gegen drei Stimmen die Mandate der Genossen Heimann, Girsch, Hoffmann und Borgmann für ungültig erklärt. Heimann, Girsch, Hoffmann und Borgmann haben ihre Mandate als preussische Volksvertreter „zu unredlich“ erworben, sie sind als Abgeordnete nicht so echt und untadelig wie z. B. der Graf Clairond Hausowille oder der Freiherr v. Erffa oder der Freiherr v. Zedlitz, die — wer zweifelt daran? — „wirkliche“ Volksvertreter sind. Die Genossen Heimann, Girsch, Hoffmann und Borgmann müssen darum aus dem Saale der Volksvertreter ausgeschieden, um sich unter veränderten Umständen und erschwerten Bedingungen einer Neuwahl zu unterziehen.

Dem Beschluß der Kommission fehlt noch die Bestätigung durch das Plenum, die natürlich nicht lange auf sich warten lassen wird. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses würde ja ihrer geschichtlichen Mission untreu werden, wenn sie dem Kommissionsbeschluß die Bestätigung verweigerte. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hat nun einmal die Aufgabe, die ganze empfindende Verbürgtheit und Sinnlosigkeit des Dreiklassenwahlrechts, dessen Produkt sie ist, an sich selber und durch ihre Taten zu beweisen. Auch sie muß fortgedenken nach dem Gesetz, wonach sie angetreten. Alles, was dem Rechtsgefühl des Volkes widerstrebt, alles, was verlernt, empört, aufreizt, ist sie nach ihrer Herkunft und Struktur zu tun gebunden. Das preussische Volk ist ja nicht leicht aufzubringen, es ist das ruhigste und geduldigste Volk der Erde. Darum muß auch die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses, um ihre Funktion richtig zu erfüllen, in den stärksten Mitleid greifen und mit den größten Fleiß arbeiten. Kein Tyrann hat das Rechtsbewußtsein des Volkes frecher verhöhnt, als es diese Parlamentsmehrheit zu tun im Begriffe ist, indem sie, diese würdige Gesellschaft „echter“ Abgeordneter des Volkes, vier von den sieben Sozialdemokraten als „falsche“ Volksvertreter in die Wüste schießt.

Ein Richter, der das Recht brechen will, ist um Urteilsgründe nie verlegen. Die Wahlprüfungscommission des Abgeordnetenhauses hat gleich zwei Gründe bei der Hand, um die Mandate der vier Sozialdemokraten zu verweigern. Sie hat einen Antrag, ohne besondere Beweiserhebungen das Vorliegen einer erheblichen Beeinträchtigung durch Terrorismus als erwiesen anzunehmen, mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Mit allen gegen zwei Stimmen — eine sozialdemokratische und eine Zentrumstimme — wurde dann beschlossen, die Wahlen für ungültig zu erklären, weil die Wählerlisten für die 1. und 2. Klasse nach der Veranlagung für 1907 und die Listen für die 3. Klasse nach der für 1908 aufgestellt worden waren. Nach solchen gestickten Listen wurde in ganz Berlin gewählt, sind die vier Mandate also ungültig, so meinen, sagt der Vorstand des gewöhnlichen Mannes, alle Berliner Mandate, auch die sechs freisinnigen, ungültig sein. Aber nein, die sechs Freisinnigen, die von winzigen Minoritäten der Bevölkerung gewählt sind und denen die große Mehrheit der Wähler ihres Kreises mit bestem Mißtrauen gegenübersteht, sind und bleiben Abgeordnete. Auch die Genossen Dietrich und Strobel werden nicht kassiert, diese aus dem Grunde, weil sich kein schamloses Mandat ausdenken läßt, um ihnen bei einer Neuwahl die Mandate streitig zu machen. In ihren Wahlkreisen gibt es fast keine Freisinnigen mehr, sondern lauter Sozialdemokraten. Die vier anderen sozialdemokratischen Abgeordneten — sie allein von zwölf — werden unter hohem Scheinigen Vorwänden ihrer Mandate beraubt, obwohl die überwältigende Mehrheit der Wähler ihrer Kreise von ihnen vertreten sein will; denn hier behält einige Hoffnung, daß in einem neuen Wahlgang die Macht des liberalen Geldsacks über den sozialdemokratischen Volkswillen die Oberhand erringen könnte.

Es lohnt nicht, alle schmutzigen Details dieses üblen Handels noch einmal aufzuzählen, denn nicht um eine Rechtsfrage handelt es sich hier, sondern um eine Machtfrage. Nur die abschneuliche Genußgier, die von der alten preussischen Junkerdiplomatie dem ganzen preussischen Staatswesen anerkundet ist, dieses Jesuitentums des Nordens, gegen das Heine und Laßalle ihre fürchtbarsten An-

klagen schleuderten, bringt es mit sich, daß auch ein solcher Ueberfall aus dem Busch, wie er hier geschieht, noch in die Formen eines peinlich genauen Rechtsverfahrens gekleidet wird. In Preußen geschieht alles von Rechts wegen!

Von Rechts wegen! Vor sechzig Jahren im Mai gab es keinen preussischen Landtag. Das letzte preussische Parlament des allgemeinen Wahlrechts war am 27. April 1849 von Friedrich Wilhelm IV. und seinen Gehilfen dazugejagt worden und zwar nicht „von Rechts wegen“, sondern durch Treubruch und Gewalt wider Gesetz und Recht. Am 30. Mai desselben Jahres wurde dann das Dreiklassenwahlrecht oktroyiert, wieder nicht „von Rechts wegen“, sondern durch eine rechts- und erdbrecherische königliche Verordnung. Hier sehen wir an der Quelle der preussischen Gerechtigkeit, und begreifen, daß Preußen noch heute ein auf den Kopf gestellter Rechtsstaat sein muß. Wie in der verkehrten Welt der Hase den Fänger schießt und ein Senat von Spitzbuben über den Richter richtet, so erklärt hier eine Versammlung von Leuten, die sich nicht Volksvertreter nennen dürfen, ohne das Hohngelächter der Welt wider sich hervorzurufen, vier wirkliche Volksvertreter, welche sich in ihre Gesellschaft verirrt haben, für Eindringlinge und Unberufene. Von Rechts wegen! Will heißen von wegen des preussischen „Rechts“ vom 30. Mai 1849!

Wie die Petitionen vom bad. Landtag von seiten der Regierung geübt dem Arbeitern behandelt werden.

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns: Nachdem am 1. Juli 1907 die sogenannte dritte neue Lohnordnung in Kraft getreten war und die Arbeiter verschiedener Stationen, unter anderem auch die Station mit der Bahnhofsstation Wilferdingen mit dem geringen Grundlohn von 2,70 Mk. pro Tag abgepeist wurden, wurde damals sofort nach Herausgabe genannter L.O. eine Petition an großh. Generaldirektion gerichtet, daß man den Grundlohn dieser Arbeiter erhöhen soll. Als Antwort auf diese Eingabe gab man den Arbeitern den Bescheid, daß man nicht in der Lage sei, den Grundlohn zu erhöhen.

Im Monat April 1908 wandten sich die Arbeiter der Station und Bahnhofsstation Wilferdingen an den Landtag mit einer Petition im gleichen Sinne um Lohnerhöhung. Im Juni 1908 wurde diese Petition von der hohen zweiten Kammer auf Verantwortung der Herren Abgeordneten Eichhorn und Schmidt der Regierung empfehlend überwiesen. Der Abgeordnete Eichhorn hatte damals in einer Sitzung den Generaldirektor Roth gefragt, bis wann man gedente die Löhne dieser Arbeiter zu regeln. Von Seiten des Generaldirektors erhielt er den Bescheid, daß diese Angelegenheit, wie er hoffe, in diesem Jahre, also 1908, geprüft werde. Das Jahr 1908 ist vorüber, aber bis jetzt ist den Arbeitern kein Pfennig Lohnerhöhung zuteil geworden, trotz empfehlender Ueberweisung und Bescheid des Generaldirektors dem Abgeordneten Eichhorn gegenüber. Es ist nicht möglich, mit einem Lohne von 2,70 Mark auszukommen, in dieser Industriegegenstände einmal nicht. Man sagt den Leuten immer, der Ortslohn sei eben in den Gemeinden so niedrig. Die Herren, die den Ortslohn festgesetzt haben, mögen doch einmal die Probe machen, davon zu leben, oder bei einer Privatindustrie im Sommer selber arbeiten. Da erhält der Arbeiter nicht 2,20 Mk. oder 2,70 Mk., sondern 3 Mk. nebst zweimaligem Vesperbrot. Der Grundsatz, mit dem man immer haufieren geht, indem man sich auf den Ortslohn beruft, kann für einen gesunden Arbeiter, der in den besten Mannesjahren steht und für eine Familie zu sorgen da, nicht maßgebend sein. Diejenigen Arbeiter, die in dem Gemeindegeld arbeiten, haben alle vorher viele Jahre auf einem Handwert oder in der Fabrik gearbeitet und erst wenn sie diesem Geschäft nicht mehr vorstehen konnten, gingen sie in den Gemeindegeld. Es wäre endlich Zeit, daß etwas nach dieser Richtung geschieht und daß man nicht die Arbeiter noch länger warten läßt, bis man ihnen den sauer verdienten Lohn um einige Pfennige erhöht.

In den Arbeiterauschüttungen bei den Bezirksbeamten wurde von den Arbeitervertretern schon mehrmals der Antrag gestellt, man möge dem durchaus berechtigten Wunsch bezüglich der Lohnerhöhung Rechnung tragen; aber was war das Resultat? „Die Sache ist noch nicht reif“, oder „diese Angelegenheit wird noch geprüft“, nichts als sogenannten „Kanzleitrost“, wovon man nicht leben kann.

Deshalb wenden sich die Arbeiter mit Recht an die Öffentlichkeit, um auch dieser ein Bild zu geben, wie die preussische Tarifreform allüberall ihre Folgen zeigt. Für Preußen schmeißt man das Geld millionenweise zum Fenster hinaus und unsere baddischen Landesfürsten, die Eisenbahner, sollen trotz Befürwortung unserer Volksvertretung von den preussischen „Wirtschaftlichen“ leben. Eine nette Zukunft! Preussischer Wind und ein heißes Faß!

Neueste Nachrichten.

Ablehnung der Weinsteuer.

Berlin, 8. Mai. Die Finanzkommission des Reichstags lehnte heute nach dreistündiger Beratung die Weinsteuer-Vorlage mit 14 gegen 10 Stimmen ab; 4 Abgeordnete fehlten in der Sitzung. Für den Antrag der Subkommission — d. h. Ablehnung der Weinsteuervorlage — stimmten das Zentrum und die Sozialdemokratie geschlossen. Von den Freisinnigen stimmten Mommsen, Hülshorn und Gormann für die Steuer, von den Nationalliberalen Paasche und der Bauernbündler Roeside gegen die Steuer. Die Minderheit bestand aus den Konservativen, einem Teil der Nationalliberalen und den Polen.

Erhöhung der Schaumweinsteuer.

Berlin, 8. Mai. Die Finanzkommission des Reichstags nahm einstimmig einen Zentrumsantrag auf Abänderung des Schaumweingesetzes vom 9. Mai 1902 an. Danach stellt sich die Steuer von Flaschen bis zum Preise von 2 Mk. auf 75 Pfg., bis 4 Mk. auf 1 Mk., bis 6 Mk. auf 1,50 Mk., bis 8 Mk. auf 2 Mk., über 8 Mk. auf 2,50 Mk. Für die Höhe der Steuer maßgebend ist der Preis, für den der Schaumwein nach Entrichtung der Steuer vom Hersteller abgegeben wird. Der Einfuhrzoll beträgt 200 Mk. für einen Doppelsentner. Als Termin des Inkrafttretens des Gesetzes wurde nach Antrag der Reichspartei der 8. Mai 1909 festgesetzt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.

Herr v. Holstein †.

Berlin, 8. Mai. Der frühere Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amte, Herr v. Holstein, ist gestern Abend in seiner Wohnung gestorben. Unter vier Reichskanzlern war er im Auswärtigen Amte tätig. Besonders unter Hohenlohe und Bülow stieg seine Macht, bis er dann, nachdem die von ihm gemeinsam mit dem Fürsten Bülow höchst unglücklich eingeleitete Marokko-Affäre eine ungünstige Wendung genommen, kurz vor der Agadir-Konferenz durch Herrn v. Tschirschky zum Rücktritt gedrängt wurde.

Ein Selbstmord aus politischen Gründen.

Oldenburg, 8. Mai. Der Selbstmord des Landtagsabgeordneten Harms in Eschhorn erfolgte nach einer kurz vor seinem Tode gemachten Äußerung aus Rummel über die Abstimmung in der Frage des Wohnungsgeldzuschusses. Harms hatte vor etwa zwei Monaten gegen die Vorlage im Landtage gestimmt und war seither von Gewissensbissen verfolgt worden.

Die französische Beamtenbewegung.

Paris, 8. Mai. Der Disziplinarhof für Postbeamte sprach sich für die Entlassung von fünf Beamten und eines Unterbeamten aus. Keiner der Angeklagten war erschienen. Da der Gerichtshof sich weigerte, sich für unzuständig zu erklären, verließen zwei Postbeamte, die Weisiger waren, den Saal des Disziplinarhofes. Nachdem sich der Disziplinarrat für die Postbeamten für die Entlassung noch eines Beamten der Zentralverwaltung ausgesprochen hatte, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Amtsenthebung aller sieben Postbeamten verfügt.

Paris, 9. Mai. Das Bureau des Fachvereins der Postbeamten versammelte sich gestern, um die Lage zu beraten. Man kam überein, daß die Absetzung der 7 Postbeamten den Anstand nicht beschleunigen dürfe und daß nur das Verbandskomitee das Datum für den Ausbruch des Streiks bestimmen soll. Ferner wurde eine Kundgebung erlassen, daß trotz der Herausforderung der Regierung das Post- und Telegraphen-Personal sich ruhig verhalten möge. Die Regierung wünsche zwar anscheinend den sofortigen Ausbruch eines Ausstandes, die Angestellten sollten sich aber einstweilen ruhig verhalten, falls sie nicht etwa durch Zwischenfälle zum Ausstande gezwungen würden. Den Ausbruch des Ausstandes würde die Leitung der Angestellten proklamieren, sobald es ihr zweckmäßig erscheine.

Paris, 8. Mai. Die Eisenbahner hielten in der letzten Nacht ihren Schluß-Kongress ab, welchem 4500 Mitglieder in der Arbeiterbörse beiwohnten. Es wurde folgende Tagesordnung angenommen: Die Eisenbahner billigen entschieden den Entschluß der Gründung eines nationalen Syndikats. Sie sind entschlossen, die Reform der Altersrente zu erledigen und zwar dadurch, daß sie an dem nicht mehr fernen Tage, an dem gehandelt werden soll, sich mit Begeisterung erheben, um diese Reform durch den Generalkonferenzstand zu erzwingen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen, nachdem man noch die Solidarität mit den Kameraden von der Postverwaltung ausgedrückt hatte. (Weitere Telegramme auf Seite 7.)

Politische Uebersicht.

Ein blamierter Zitatkünstler.

In einem Angriff, den der preussische Ministerialdirektor Schwarzkopf im preussischen Abgeordnetenhaus gegen unsere Parteigenossen richtete, kam auch die Behauptung vor, daß im Niederbuch eines Arbeiterturnvereins folgende Strafrecht vorkomme:

Das treueste Vieh ist doch der Hund,
Man lenkt ihn ohne Bügel,
Und schlägt man ihm den Rücken wund,
So leckt er ab den Krügel.
Zuweilen wird er freilich wild,
Doch kriecht er stets aufs Neue:
O Hund, du prächtig Titelbild,
Zum Lied von der deutschen Treue.

Ohne Zweifel wird dieses Zitat dem Material des Reichsverbandes einverleibt werden, um in fasssam bekannter Entrüstung bei kommenden Wahlen gegen die Sozialdemokratie Verwendung zu finden. — Die Berliner „Volkszeitung“ stellt nun fest, daß dieses Lied, das den Jörn des preussischen Ministerialdirektors erregte, nicht von einem Sozialdemokraten stammt, sondern eine Satyre ist, die von dem bekannten württembergischen Dichter Ludwig Fasch verfaßt wurde, und die einen Protest darstellen sollte gegen die Verhöhnung der echten deutschen Treue durch die feilen verlogenen Byzantiner. Man kann allerdings von Herrn Schwarzkopf, und zwar gerade von ihm, dem Förderer aller Mißwirtschaftsbestrebungen, nicht verlangen, daß er hinreichend informiert ist über jene Literatur, die der Sturm- und Drangzeit des Bürgerturns entsprossen ist!

Zentrumsarbeiter für die Erbschaftsteuer.

Während die Zentrumsfraction aus taktischen Rücksichten mit den Agrariern in der Verwerfung der Nachlass- und Erbschaftsteuer einig ist und in der entsefelten Hege gegen diese „Besitzsteuer“ mit den ärgsten konservativen Schreibern durch die und dünn geht, spricht sich das Organ der Zentrumsarbeiter, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, sehr entschieden für eine Erweiterung der Erbschaftsteuer aus. In einem Leitartikel der Nr. 19 vom 8. Mai beschäftigt sich das Blatt mit dem konservativen Antrag auf Einführung der Wertzuwachssteuer; es spricht sich gegen diese Steuer aus praktischen Erwägungen aus und fährt dann fort:

... Hat man wirklich noch eine andere Form der Besitzbesteuerung im Auge, die besser ist als die Erbschaftsteuer, die ferner keine verfassungswidrigen Bedenken zuläßt, die schließlich volkswirtschaftlich und sozialpolitisch ebenfalls unbedenklich ist? Dann, bitte, heraus damit in einer Zeit, wo es noch möglich ist, und nicht erst, wenn es zu spät geworden! Solange aber ein Vorschlag dieser Art nicht gemacht ist, solange darf man auch die Erbschaftsteuer nicht fallen lassen, die unter allen bisher gewiesenen Pfaden der Besteuerung immer noch am gangbarsten ist.

In der nunmehrigen Situation kann unsere Forderung nur dahin gehen: Ausbau der Erbschaftsteuer und Wertzuwachssteuer. Und das deshalb, weil die Immobilienwertzuwachssteuer als Ersatz absolut unzureichend ist und bei einer zu geringen Berücksichtigung der Gemeinden in vielen Fällen nur eine scheinbare Heranziehung der leistungsfähigen Schichten bedeuten würde. Denn — behalten wir das scharf im Auge — wenn man diese Finanzquelle den Gemeinden ganz verschütten würde, so müßten diese sich eben nach anderen Einnahmen umsehen und da würde in erster Linie in Frage kommen die Erhöhung der heute schon untraglichen kommunalen Zuschläge auf Staatssteuer. Dementsprechend würde am empfindlichsten leiden das Arbeitseinkommen.

Die Zentrumspresse schweigend diese Stimmen aus den Kreisen der Zentrumsarbeiter tot; um so heftiger zieht sie gegen die Sozialdemokratie vom Leder. Der „Badische Beobachter“ heßt seit Monaten nicht umsonst so fanatisch

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

107

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Achtunddreißigstes Kapitel.

Es war ein köstlicher Anblick, den der Schloßhof von Grewitz in dem Augenblick gewährte, als Oswald durch das finstere Tor trat, ein Anblick, wohl geeignet, ein schmerzhaft zuckendes Herz zur Ruhe zu wiegen. Während die höchsten Kruppen der gewaltigen Linden, die auf das Portal des Schlosses zuführten, und die Finne des Turmes noch vom roten Abendlichte angestrahlt waren, lag schon tiefer Schatten unter den Bäumen, neben dem Walle, über dem langen Grase, das überall zwischen den Steinen des Pflasters emporwuchs. Aus den Kronen der Linden, die mit weißem Blütennebel überdeckt waren, strömte ein süßer Duft, der die ganze Atmosphäre erfüllte. Rings umher war es so still, daß man deutlich das geschäftige Summen der Insekten vernahm; auf dem Rand des Brunnens mit der loslösen Rajade sah ein Vögelchen und sang der untergehenden Sonne nach; hoch oben in der rötlichen Luft schossen noch immer einzelne Schwalben, als könnten sie sich heute, wo es doch gar so wunderschön sei, gar nicht entschließen, zur Erde zurückzukehren.

Rangsam, fast zögernd, schritt Oswald dem Schlosse zu. Er fühlte tief den Hauber dieser Abendstunde und wußte, daß das erste Menschenmord denjenigen zerstören würde. Aber er begegnete niemandem. Der ganze Hof war wie ausgestorben. Er stieg die Wendeltreppe hinauf und ging durch die langen Korridore, die von seinem Fußtritt wiederhallten, auf sein Zimmer. Die Fenster waren geöffnet und der Lehnsstuhl in der Nische hatte den rechten Platz, auf dem Tische vor dem Sopha stand eine Vase, angefüllt mit frischen Blumen, der Kopf des Apollo von Belvedere hatte sich eine schmale Krone von Eichenblättern lassen müssen. Es war ausgeräumt in dem Zimmer, aber so, wie es nur von jemand gesehen kann, der die Eigenheiten des Bewohners ganz genau kennt. Offenbar hatte hier Bruno's Hand gewaltet.

gegen unsere Partei. Mit dieser Hege soll die Aufmerksamkeit der Zentrumsarbeiter von der Schwindel- und Schindelpolitik, die das Zentrum in Sachen der Reichsfinanzreform mit den katholischen Arbeitern treibt, verdeckt werden.

Gegen die Pest des Modernismus

Am Ende der Enzyklika Pius X. Die katholische Kirche Englands hat am 21. April den achthundertjährigen Todestag Anselms von Canterbury gefeiert, der in der Geschichte hauptsächlich durch den Kampf bekannt ist, den er als Primas von England für die Vormacht des Papsttums gegen die englischen Könige Wilhelm II. und Heinrich I. geführt hat. Die scholastische Philosophie verdankt ihm den sogenannten ontologischen Gottesbeweis. Anknüpfend an diesen Gedanken hat Dr. ecclesiae am 5. ds. Mts. Papst Pius X. eine neue Enzyklika gegen den Modernismus veröffentlicht. Nachdem er mit deutlicher Anspielung auf Frankreich sich gegen die äußeren Feinde der Kirche gewandt, behandelt er im größeren Teile seines Rundschreibens die „unnatürlichen Söhne“, die Modernisten.

„Ihre Feindseligkeit greift unmittelbar an die Wurzel des Christentums, an das Herz der Kirche, sie will den Kern des christlichen Lebens verunstalten und die Quelle der Wissenschaft vergiften, (?) will das kostbare Gut des Glaubens zerstören und die Grundlagen der christlichen Weltordnung erschüttern, das Ansehen des Papstes und der Bischöfe vernichten und der Kirche eine neue Verfassung und neue Gesetze geben. Der Modernismus kreist wie ein schleichendes Gift in den Adern der heutigen Gesellschaft, entfremdet sie Gott und Christus und frigt wie ein Krebsgeschwür besonders an der noch unerfahrenen Jugend.“

Nachdem der Papst weiter an das Bibelwort erinnert hat: „Wer nicht für mich ist, ist wider mich“, fordert er Bischöfe, Geistliche und Laien auf, den Kampf gegen die Irreführer kräftig fortzusetzen und zugleich der gefährlichen Gleichgültigkeit der heutigen Gesellschaft in Sachen der Kirche entgegenzuwirken. Vor allem soll die zarte Jugend vor der verderblichen Pest des Modernismus geschützt und zur eifrigen Mitarbeit an den wahren Aufgaben der Kirche angehalten werden. Hierzu sei der hl. Anselm ein leuchtendes Vorbild.

So behandelt der Meritismus Männer, denen auch der fanatischste Verfechter der kirchlichen Dogmen die Religion nicht absprechen kann. Es genügt, an dem Dogmenbau der Kirche rütteln zu wollen, um mit dem Bannfluch des Ketzers belegt und als Giftnischer charakterisiert zu werden.

Staatlicher Terrorismus. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ teilt mit, daß unter den preussischen Zollaufsehern seit langer Zeit durch Verbreitung unwahrer Gerüchte Unzufriedenheit und Mißstimmung in hohem Umfange plaugegriffen haben. Der preussische Finanzminister habe sich daher veranlaßt gesehen, nicht etwa durch Erfüllung der Wünsche der Beamten die Mißstimmung zu beseitigen, sondern durch ein Rundschreiben an die Oberzolldirektion die Beamten zur Mäßigung auffordern zu lassen und gleichzeitig ein energisches Einschreiten gegen alle Beamten in Aussicht gestellt, die es bei der Verfolgung ihrer Ständesinteressen an der nötigen Mäßigung fehlen lassen.

Eine nicht zu entschuldigende Verschwendung. Im Reichsausschuß des Innern werden gegenwärtig neue Wahlurnen erprobt, die das Schichten der Umhüllungen mit den Stimmzetteln verhindern. Die grundsätzliche Frage, ob solche Urnen von Reichs wegen eingeführt werden sollen, ist noch nicht entschieden. Es würde sich um 60 000 Urnen handeln, die einen Kostenaufwand von etwa einer halben Million Mark verursachen würden. — Die „Deutsche Tageszeitung“ findet, daß die Anschaffung derartigen Wahlurnen eine nicht zu entschuldigende Verschwendung sein würde. Den Herren Agrariern ist es natürlich weit lieber, wenn auch fernherhin Suppenküffel und Zigarren-

fischen als Wahlurnen Verwendung finden, damit nachgeprüft werden kann, wie jeder einzelne Wähler wählt hat.

Badische Politik.

Auß Glatteis gelockt.

In der „Reichspost“, dem Publikationsorgan der badischen Konservativen, gibt ein evangelischer Pfarrer allerhand Enthüllungen bekannt, die zeigen, daß die Konvention vom Zentrum, insbesondere was die Hinterlistigkeit und Verschlagenheit betrifft, schon viel gelernt haben wird, da zunächst auseinandergesetzt, warum Pfarrer Karl erst aufgestellt wurde, nachdem die Nationalliberalen den Pfarrer Klein auf den Schild gehoben hatten. Es sollte damit verhütet werden, daß nationalliberalen seitens einer Handwerker- oder Landwirtschaftskandidatur und dem Schwefelring Wahlkreis aufgestellt würde, was welche die Aussichten Karls stark herabgemindert worden wären. Wörtlich schreibt der Pfarrer in der „Reichspost“:

„Offenherzigkeit ist eine edle Tugend, wenn sie nicht mehr schadet. Also über mich. Die Karlisten waren über die schwarzen Pläne der Kleinmütigen ebenso unterrichtet wie umgekehrt. Dielen so gar die Kleinmütigen im nationalsozialen Jenseit ein Wort. Wäre Pfarrer Karl vor Klein proklamiert worden, so wäre sicher gegen die Pfarrerstandkandidatur wirksamere nationalliberale Kandidatur eines Kantons- oder Geschäftsmannes auf Kosten der evangelischen Kandidaten gekommen und damit die Aussichten der Nationalliberalen sehr in die Höhe gewachsen. Sollten das die Karlisten zu ihren Gunsten oder doch lieber jeder anderen Partei zu Gunsten verwehren, so müßten sie die Nationalliberalen auf — Glatteis führen. Und sie ließen sich darauf führen. Die Kleinmütigen freuten sich, daß sie zugehörig gekommen zu sein. Und — die Karlisten freuten sich mit. Aber die Freude jener verbandelte sich in Leid und Sorge. Schon acht Tage darauf trat die Vertrauensmännerversammlung der Karlisten zusammen und konnte jetzt mit der größten Aussicht die Kandidatur Karl nunmehr zu proklamieren. So liegt der Fall mit der Kandidatur Prioritätsfrage.“

Die Jesuiterei, die sich in diesen Zeilen offenbart, insbesondere in dem ersten Satz, könnte den Neid des „Reichsbeobachters“ erwecken, wenn Karl nicht der Mann des Zentrums wäre. Doch das nur nebenbei, denn daß es auch bei den Konservativen „Jesuiten“ gibt, ist nicht neu.

Die Karlisten spekulierten mit der Kandidatur Klein und Karl hat nur deshalb das Schiedsgericht abgelehnt, weil er verhindern wollte, daß Klein wieder von der Kandidatur zurücktritt. Diese „Offenherzigkeit“ wird auch der Kandidatur Karl bei den Zentrumswählern nicht schaden, denn die sind solche „Offenherzigkeiten“ gewohnt. Sie zeigt aber, daß es sich bei der Kandidatur Karl um nichts weniger als eine evangelisch-kirchliche Sache handelt. Die Karlisten sind ganz und gar das Verhängnis des Zentrums, dem die schäblichsten Wahlmanöver noch gut genug sind, um der „guten Sache“ des Zentrums zu nützen. Die geschicktesten und geschorenen Jesuiten erweisen sich als einander würdig.

Die Konservativen

beabsichtigen im 2. Heidelberg Wahlkreis eine eigene Kandidatur aufzustellen. Da auch die Nationalliberalen selbständig vorgehen, kommt es voransichtlich zu einer Stichwahl in diesem Bezirk, den bisher Oberbürgermeister Dr. Wilkens vertreten hat. Im Jahre 1908 erhielt Wilkens 1660 = 59,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der Zentrumskandidat erhielt 600 und der sozialdemokratische Kandidat 538 Stimmen.

In Heidelberg I wollen die Konservativen von der Auffstellung eines selbständigen Kandidaten absehen und für den nationalliberalen Kandidaten Professor Rohrbach votieren.

Oswald fühlte sich durch das stumme und doch so beredte Willkommen auf das angenehmste berührt. Es war wie eine warme Hand, die freundlich die seine drückte, wie ein Hauch, der liebevoll seinen Namen flüsterte. Der Sturm in seiner Seele, welchen die Worte des Doktors erregt hatten, war vorübergebraust, und an die Stelle des wilden Bornes eine schmerzvolle Trauer getreten, daß die Wesen dieser herrlichen Erde nicht wert seien und in ihres Sinnes Torheit sich gegen das Geschick, Schmerzen und Qualen ohne Zahl bereiteten.

Er hatte, den Kopf in die Hand gestützt, am Fenster gesessen. Dann erinnerte er sich, daß es wohl an der Zeit sei, die Gesellschaft aufzusuchen und zu begrüßen. Er kleidete sich um, nahm eine Nelke aus dem Blumenstrauß und ging hinunter.

Als er die Türe des Wohnzimmer öffnete, aus welchen die Fenstertür nach dem Rasenplatz führte, hörte er Stimmen, und als er ein paar Schritte in das leere Zimmer hinein getan hatte, sah er auch schon einen Teil der Gesellschaft, die auf dem Rasen mit dem Lieblingspiel der Baronin, dem Meisenspiel eifrig beschäftigt war. Er näherte sich leise der Türe und blieb auf demselben Platze stehen, von welchem aus Melitta an jenem Nachmittage ihn zum erstenmale erblickt hatte, als er Arm in Arm mit Bruno unter den Bäumen hervortrat.

Die Gesellschaft bestand aus dem Baron und der Baronin, Mademoiselle Marguerite und Herrn Timm, Malte und Bruno und einer jungen Dame, die Oswald den Rücken zugewandt hatte, jedoch er nur die schlanke leichte Gestalt, deren reizende Formen ein einfaches weißes Gewand gar anmutig hervortreten ließ, und das üppig dicke, leicht gekräuselte, blauschwarze Haar bemerken konnte, welches in der Mitte gescheitelt und hinten lose zusammengeflochten, die Linien des wundervoll schön geformten Kopfes in weichen Umrissen nachzeichnete.

Oswalds Blicke waren, wie von einem Zauber, an diese jugendliche Gestalt gefesselt, die ohne den Platz zu verlassen, beinahe regungslos da stand, und nur in regelmäßigen Zwischenräumen die Arme hob, um den Reif aufzufangen, den Bruno, ihr Nachbar, mit nie fehlender Sicherheit stets so schleuderte, daß er in einem Salbboaren

unmittelbar auf ihren Stock herabschmebte, oder den eben aufgefangenen Reif weiter zu schicken an Malte, der ihn ein jedes zweite Mal fallen ließ und sich bitter bellagte. Helene werfe so schlecht, und Selene tue es ihm nur zum Aerger und es müsse ein anderer an Selene's Stelle treten.

So kam hierher, Helene, sagte die Baronin, du wirst auch wirklich sehr schlecht. Mutter und Tochter tauschten mit den Klagen, und Oswald konnte jetzt Helene voll ins Anlitz sehen.

Es war eins der Gefächter, die man nie wieder vergißt, wenn man einmal mit fühlenden Augen hineingeschaut, an die sich noch der Greis über ein halbes Jahrhundert hinweg mit wehmütiger Freude erinnert, wie er sich an einem warmen Sommerabend erinnerte, als er — ein kleiner Schulknabe — mit den Brüdern im Garten spielte und aus der Laube das Lachen der großen Mädchen Klänge eins der Gefächter, die uns, wenn wir noch so traurig sind, anlocken, wie ein Sonnenblick an einem düstern Herbsttage, die wenn es in unseren Herzen noch so öde ist, uns wieder an Poesie und alles, was schön und göttlich glauben machen.

(Fortsetzung folgt.)

Warnung als ruffi Genossen bei näherer Die gefächter einer auslä Wärmungs peilich gela Die Fälsche zu Werke. In Wa scher Flichth Jähls' tot

Inha Rohenbo ling au Genossen.

Sozio Landespa

Die plu der Fälschu nassen Geri deutsche Sp können, au allernichtig Dem Vorze war der Erb

in 5 W. L. Er für in Erinner rensenden, energisch die

Freigeht sogaldem. fante die S öffentliche in einem N ein Liebesw In der Be Klage den hiet. Es Urteil. De

Er habe ein dienwidrig lüftung in bracht habe.

Die „A Auf de Blattes, da wenn organ nachfolgend

Ein anderen Bon Männer schäftszeit fagen: A verlaufen mach

ist es lei dessen mit oder gar Streikun

jetzt feier verdienen

Wir den von ihr schon eini und wir

land habe Familie Wir Mar dürfen schüß

schüßt sie mir verac tigen, ab ein einfi

müß, we ihre Gen Arbeitw Frauen zu nachf ugen be

Wauer

Unsere allem als f r au als rauer'sf

wird, in de zu betäufg geschloffen. den Mann die K

benunz wider best Staatsam

Äkten der

Aus der Partei.

Warnung. Immer wieder tauchen Individuen auf, die sich als russische Flüchtlinge ausgeben und versuchen, die Genossen systematisch zu brandschlagen. Die Betroffenen führen zur Unterfütterung ihrer Schornsteine Legitimationspapiere, die bei näherer Prüfung sich fast stets als gefälscht herausstellen. Die gefälschten Ausweispapiere trugen bisher meistens das Wisa einer ausländischen Stadt, das nochmals eine Bestätigung der Ausweispapiere enthielt. Die Fälscher hatten sich bisher peinlich gehütet, die Beglaubigung der Ausweispapiere mit dem Namen Berlin auszustatten. Das scheint anders werden zu sollen. Die Fälscher gehen jetzt auch in Berlin mit einer Dreifachheit an Werke, die kaum ihres gleichen aufzuweisen haben dürften. In Mainz ist ein etwa 20 Jahre alter, sogenannter „russischer Flüchtling“ angehalten, der eine Legitimation folgenden Inhalts vorwies:

Berlin, den 28. April 1909.

Inhaber dieses Ausweises, der Genossen Gredeklauf Pogonowich wird hiermit becheinigt als Politischer Flüchtling auf Grund dieser Legitimation und wir empfehlen die Genossen, ihn zu unterstützen.

Mit Parteigrüß
Sekretär

Genr. B. Pfannkuch.

Sozialdemokratische
Landespartei Deutschlands
SW. 88
Berlin, Lindenstr. 69.
Stempel.

Die plumpe Form des „Ausweises“ machte die Entdeckung der Fälschung leicht, da man in Mainz die Schriftzüge der Genossen Genr. B. Pfannkuch kennt und weiß, daß sie die deutsche Sprache nicht im Jargon russischer Schwindler verballhornen, auch niemals einen Stempel geführt haben und am allerwenigsten „Landespartei Deutschlands“ zeichnen würden. Dem Vorgefertigten ist kein „Ausweis“ abgenommen worden. Er war der Vereingefallene, wenn seine Angaben richtig sind. Für den Erwerb des „Ausweises“ will er in einer Herberge in Berlin 5 Mk. bezahlt haben.

Wir können unsere schon wiederholt erlassene Warnung nur in Erinnerung bringen: man weise jedem im Lande herumreisenden, der auf die Gutmütigkeit der Genossen spekuliert, energisch die Tür.

Freigesprochen. Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sozialdem. „Volkstreu““, Wilhelm Knoblauch, wurde die Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Polizeiamts öffentliche Anklage wegen Verleumdung erhoben, weil er in einem Artikel einem Schutzmännchen vorgeworfen hatte, daß er ein Liebesverhältnis mit einer Prostituierten unterhalten habe. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht trat der Angeklagte den Wahrheitsbeweis an, den das Gericht für erbracht hielt. Es kam infolgedessen zu einem freisprechenden Urteil. Dem Redakteur wurde der Schutz des § 193 zugebilligt. Er habe ein berechtigtes Interesse vertreten, indem er ein ihm unbekanntes Vergehen des Schutzmännchens durch Veröffentlichung in seinem Blatte zur Kenntnis der Behörde gebracht habe.

Gewerkschaftliches.

Eine Familie.

Die „Pforzheimer Freie Presse“ schreibt: Auf der ersten Seite des „P. Anzeigers“, des Blattes, das stets auf Seiten der Arbeitgeber zu finden ist, wenn organisierte Arbeiter im Kampfe stehen, war gestern nachfolgendem „Eingekauft“ Raum gegeben: Eine Maurersfrau bittet im Einverständnis mit anderen um Aufnahme folgender Zeilen:

Von allen Seiten werden wir Maurerfrauen und unsere Männer gescholten, weil gegenwärtig in dieser schlechten Geschäftszeit die Maurer auch noch streiken. Unverständige Leute sagen: Man sollte uns nicht einmal mehr fürs Geld etwas verkaufen. Aber die Leute sollten doch einen Unterschied machen zwischen Maurer und Maurer. Uns Maurersfrauen ist es leid genug, daß gestreikt wird. Wir müssen infolgedessen mit unsern Kindern Mangel leiden und können kaum oder gar nicht den Mietzins zahlen; denn die paar Mark Streikunterstützung helfen uns nichts. Aber unsere Männer sind gezwungen worden, dem Verband beizutreten und müssen jetzt feiern, trotzdem sie nach dem harten Winter gern etwas verdienen würden.

Würden sie arbeiten, d. h. nach der Ansicht der Wähler „den Streik brechen“, so hätten sie zu erwarten, daß sie von ihren Genossen vom Bau herabgeschlagen würden, wie es schon einigen passiert ist. Sie wären ihres Lebens nicht sicher und würden beschimpft. Die jungen Leute aus Norddeutschland haben gut streiken, die kommen billig durch, haben keine Familie zu ernähren und gehen fort, wenns hier nichts ist. Wir Maurersfrauen sind also übel daran. Unsere Maurer dürfen nicht arbeiten, auch wenn sie wollen. Kein Gesetz schützt sie genügend. Von der Einwohnerschaft aber werden wir bezachtet, weil wir in dieser schlechten Zeit müßig hingehen, aber mit Unrecht. Die Verhältnisse sind so, daß auch ein einsichtiger ordentlicher Arbeiter heutzutage mitstreiken muß, wenn ihm sein Leben lieb ist. Die Streikposten und ihre Genossen stehen mit Knüppeln an den Bauten, um jeden Arbeitswilligen fortzutreiben. Nach der Meinung von uns Frauen geht die Polizei diesen Wählereien gegenüber viel zu nachsichtig vor. Würden die Wählereien und die Bedrohungen verhindert, so würden die ordentlichen verheirateten Maurer bald wieder arbeiten.

Eine Maurersfrau im Namen vieler.

Unsere Leser werden es verstehen, wenn wir es vor allem als Schwindel bezeichnen, daß eine Maurersfrau als Verfasserin genannt wird. Wenn schon eine Maurersfrau in den seltensten Fällen in der Lage sein wird, in derart technisch raffinierter Weise sich journalistisch zu betätigen, so halten wir es weiterhin für völlig ausgeschlossen, daß die Frau eines Arbeiters, eines streikenden Maurers, sich so niederträchtig benehmen sollte, daß sie die Kollegen ihres Mannes dem Staatsanwalt denunziert. Denn auf nichts weniger, als auf eine wider besseres Wissen erstattete Denunziation an den Staatsanwalt läuft es hinaus, wenn von terroristischen Akten der Streikposten geredet wird.

Wir konstatieren, daß bis heute auch nicht ein einziger Fall festgestellt werden kann, wo irgend eine Handlung in der angebotenen Form wieder angedroht noch ausgeführt wurde.

Wir brauchen ferner nur daran zu erinnern, daß in gleicher Abstimmung, die jeder Maurer unbeflücht bornehmen konnte, mit 348 gegen 22 Stimmen der Streik beschlossen wurde, um die Behauptung, es habe ein von der Organisation geübter Zwang zum Streiken vorgelegen, als die böswilligste Erfindung eines Unternehmerschmoks zu kennzeichnen.

Die Aussperrung der Maler in Neustadt im Schwarzwalb ist durch Abschluß eines Tarifvertrages erfolgreich für die dortigen Gesellen beendet worden. Die Arbeit konnte am Samstag den 8. Mai in 4 Werkstellen wieder aufgenommen werden; auch die beabsichtigte Maßregelung des Vertrauensmannes wurde zurückgewiesen.

Gesperrt bleiben nur die Werkstellen von Kalltenbach und Schreiner Schleich.

Der Streik der Maler in Bilingen dauert unverändert weiter und ist Zuzug strengstens nach dort fernzuhalten.

Zum Tarifabschluß im Maulbronner Sandstein-Gebiete.

Oft genug schon haben wir uns mit den Verhältnissen des großen Maulbronner Sandsteingebietes befaßt. Wenn wir es heute wieder tun, so ist die Veranlassung ausnahmsweise einmal eine erfreuliche. Sämtliche Unternehmer von Derbingen, Kürnbach, Sternfels und Ochsenburg haben jetzt den vorgelegten Vertrag anerkannt. Bisher bestand in den in Frage kommenden Betrieben das sogenannte Alfordtagelohnsystem, eine Lohnmethode, die der Willkür des Unternehmers die Möglichkeit bietet, je nach Konjunktur, Jahreszeit oder Laune die Löhne nach Belieben zu reduzieren. So war es beispielsweise seit jeher Sitte, daß um die Zeit, wenn die Sonne ihre Bahn verkürzt, ohne daß die Arbeitszeit schon eine kürzere wurde, der Lohn pro Tag um 30, 50 Pf., ja bis zu einer Mark verringert wurde. Oder, wenn am Ende des dreiwöchentlichen Arbeitstages die Arbeitszeit infolge der kürzeren Tage eine geringere wurde, so erfolgte der Abzug für den ganzen Arbeitstag, auch wenn die Arbeitszeit nur während der letzten Woche eine kürzere war. Im vorigen Jahre wurde erstmalig der erfolgreiche Versuch gemacht, die Reduzierungen bei voller Arbeitszeit zu verhindern. Es gelang auch, die Sommerlöhne während der vollen Arbeitszeit zu halten; allerdings nicht, ohne daß bei zwei Unternehmern zur Arbeitsniederlegung geschritten werden mußte. Nach zwei Tagen war in beiden Fällen die Absicht der Unternehmer durchkreuzt. Allein der größere Unternehmer, Lachenauer in Kürnbach, glaubte das einträglichste und jedenfalls liebgekommene System nicht dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft opfern zu müssen. Es sollte ihm dies, besonders aber der Hinweis des Gauleiters zum Verhängnis werden. Nach kurzer Zeit gelang es, sämtliche Beteiligten anderweitig unterzubringen. Der Betrieb lag volle fünf Monate stillständig, trotz der ungewöhnlichen Arbeitslosigkeit, trotzdem die Firma Treutle einige Tage vor Weihnachten 50 Mann aufs Pflaster setzte, eine Tatsache, die seit 40 Jahren nicht zu verzeichnen war, fand sich nicht ein einziger Streikbrecher; für ein Gebiet mit überwiegend landwirtschaftlichem Nebenerwerb nachgehender Arbeiterschaft, die noch nicht ganze zwei Jahre der Organisation angehörte, ein glänzender Beweis von gewerkschaftlicher Disziplin.

Zu Beginn des Jahres war der Zeitpunkt gekommen, wo sich auch die Firma Lachenauer zu der Ueberzeugung durchgerungen hatte, daß die Zeiten der Willkür gegenüber einer organisierten Arbeiterschaft vorüber sind. Am 18. Januar fand die erste Unterhandlung statt. Es mag dem Unternehmer, der noch vor Kurzem dem Gauleiter barock die Lüre wies, nicht leicht geworden sein, diesen wiederholt schriftlich zu einer Unterhandlung einzuladen. Am 18. Februar erfolgte der Abschluß des ersten Vertrages im Gebiet. Im März und April, nach Beilegung des Geschäftsganges, folgten alle anderen Unternehmer, mit Ausnahme der Firma Treutle in Kürnbach. Da eine friedliche Verständigung ausgeschlossen war und der Lohn bei Treutle 60 Pf. bis 1 Mk. niedriger war, als bei allen anderen Unternehmern, erfolgte am 22. April die Arbeitsniederlegung. Von 62 Beschäftigten blieben in allen Betrieben Treutles nur zwei als Arbeitswillige stehen. Dies von der Firma vermußtlich nicht erwartete Resultat bewirkte, daß nach 10tägiger Arbeitsruhe am 3. Mai von Treutle der Vertrag anerkannt wurde.

Bezeichnend ist der Umstand, daß die Verträge ausschließlich nur in den Orten abgeschlossen wurden, wo die Organisationsverhältnisse gute waren. Als die Organisation vor zwei Jahren im hiesigen Gebiet einsetzte, da überflutete sie alles wie ein Lauffeuer. In einzelnen Orten war die Vegetierung bald verfliegen. Die Folge war, daß das alte Elend das gleiche geblieben ist, wie früher. Dort, wo sich die Organisationsverhältnisse gut erhalten haben, da wurden jetzt die Tarifverträge abgeschlossen, die den Arbeitern eine erhebliche Verbesserung und auch eine Sicherung der Löhne gebracht haben. Mit dem Abschluß des Vertrages sind die Arbeiter aber bei weitem noch nicht über dem Berg, das hat uns das Verhalten einzelner Unternehmer zu Genüge bewiesen. Unterdrückten hatten sie den Vertrag wohl, am Zahlungstag aber „vergessen“ sie danach zu bezahlen. Bei einem bedurfte es sogar einer neuerlichen Arbeitsniederlegung, um ihn zur Einhaltung des unterschriebenen Vertrages zu veranlassen. Die Organisation wird in den Vertragsorten alle Hände voll zu tun haben, um den abgeschlossenen Verträgen für alle Zeit Anerkennung zu verschaffen und erwächst ihr in den übrigen Orten die Aufgabe, eine ähnliche Sicherung der Löhne zu erstreben. Vor allem handelt es sich dabei um das benachbarte Sulzfeld. Dort steht die Organisationsleitung im Augenblick noch mit der ausschlaggebenden Firma in Unterhandlung. Wir wollen hoffen, daß auch dort die einheitliche Regelung der Löhne ein erreichbares Ziel sein wird.

Den Arbeitern des ganzen Gebietes mag aber der Verlauf der Lohnbewegung eine Lehre sein, daß alle Erfolge nur eine Frucht der Einigkeit und der Organisation sind. Nichts kann diesen Erfolg mehr in Frage stellen, als die Zersplitterungsversuche, die in letzter Zeit von „gewisser Seite“ unternommen wurde. Wir lehnen es ab, uns mit Leuten in eine Polemik einzulassen, die versucht haben, einen Keil in die Bewegung zu treiben in dem Augenblick, als die Arbeiter im schwersten Kampfe um eine Besserung und Sicherung ihrer tieftraurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse standen. Bezeichnend

bleibt dieser Versuch aber für den wahren Charakter der Pforzheimer Gewerkschaften. Die unumstößliche Tatsache der erzielten Erfolge und das gesunde Urteilsvermögen der Steinarbeiter bürgen uns dafür, daß diese Arbeiterzersplitterter im Maulbronner Gebiet ebensowenig Vorbeeren ernten werden, als anderwärts, wo man ihre Bedeutungslosigkeit schon längst erkannt hat.

Den Zweiflern aber, die bisher immer noch der Organisation fernblieben, weil sie glaubten, oder sich vorreden ließen, daß die Organisation keinen Zweck habe, ist nun auch diese letzte Ausrede genommen. Ein jeder Arbeiter, dem es ernst ist mit der Verbesserung seiner Lage, trete der Organisation bei und Sorge dafür, daß dadurch der jetzt errungene Erfolg für die Zukunft gesichert bleibt und den Berufskollegen des ganzen Gebietes zu teil wird.

Badische Chronik.

Durlach.

Der 24. Verbandstag des Badischen Gastwirtsverbandes findet hier am 26. und 27. Mai statt. Aus der außerordentlich umfangreichen Tagesordnung haben wir folgende Punkte hervor: Transferierungstage und Vollkonzeption, Referent Hoffmann-Mannheim; Wirtschaftsbetrieb in Vereinshäusern, Referent: Berger-Wiesloch und Genton-Mannheim. Der Verbandsvorsitzende Glahner wird über einen Antrag zum Verbandstag referieren, betr. die Stellungnahme zur Frage der Abschaffung der weiblichen Bedienung. Weitere Beratungsgegenstände betreffen die Fragen der „Spanischen Weintribun“, die Aufhebung der Verbrauchssteuer auf Wein und Bier, Referent: Pfeiler-Durlach und Lang-Pforzheim. Auch die Frage der einheitlichen Regelung der Polizeistunde und gänzliche Aufhebung derselben in größeren Städten wird den Verbandstag wieder beschäftigen; Karlsruhe-Mannheim wird darüber referieren. Einen etwas eigenartigen Antrag wird Hemberger-Oberscheidthal begründen, dahingehend, den § 44 der badischen Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Erlaubnis eines Wirtschaftsbetriebs von der Bedürfnisfrage in der Richtung abhängig gemacht werde, daß auf 300 Einwohner eine Wirtschaft komme. Auch die Frage der Tanzbelustigungen in der Abendzeit von geschlossenen Gesellschaften und auf dem Lande ist zur Diskussion gestellt. Marzluft-Karlsruhe wird über die Freigabe der öffentlichen Tanzmusiken sprechen und Dienger-Freiburg über die Kontingentierung der Biererzeugung. Hervorgehoben soll noch werden, daß hiesige Vereine auch für Bestlichkeiten mancher Art Sorge getragen haben.

Ettlingen.

Von der Altbahn. Die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Altbahnlinie Ettlingen-Grerensalb soll bis Späthjahr erreicht werden. Gestern wurde mit den Aufstellungen der Leitungsmasten begonnen.

Offenburg.

J. S. Kaplan Saur gegen „Volkstblatt“. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts kam als Berufungsfrage die Privatklage des Kaplans Saur in Oberkirch gegen Redakteur Gen. Winter vom hiesigen „Volkstblatt“ zur Verhandlung. Vom Schöffengericht Oberkirch war bekanntlich Gen. Winter zu 30 Mark und Kaplan Saur zu 50 Mark verurteilt worden. Die Verurteilung des Kaplans erfolgte damals, weil das Gericht annahm, er sei der Verfasser einer anonymen beleidigenden Zuschrift, auf Grund deren Winter eine Widerklage erhoben hatte. Das Urteil wurde von der Strafkammer infoweit aufgehoben, als Kaplan Saur bestraft worden war; er wurde freigesprochen und die Kosten beider Instanzen dem Gen. Winter auferlegt.

Singen.

An die hiesige Einwohnerschaft. Zwecks Erlangung eines einheitlichen Lohntarifs standen die hiesigen Schuhmachergesellen in einer Lohnbewegung, welche dank dem verständigen Verhalten des größeren Teils der hiesigen Geschäftsinhaber auch zum Abschluß eines annehmbaren Tarifs führte. Die paar Wiberhaarigen, die da glaubten, die Anerkennung des Tarifs verweigern zu dürfen, werden hoffentlich von der Arbeiterschaft so „berücksichtigt“ werden, daß sie in Zukunft nicht allzuviel Arbeiter beschäftigen müssen. Sehr bezeichnend ist das Verhalten des ehemaligen Verbandskollegen und jetzigen Meisters Wendle, der trotz aller Hinweise des Gauleiters auf seine frühere Mitgliedschaft nicht zur Anerkennung des Tarifes zu bewegen war. Das wird man ihm in der Arbeiterschaft nicht verzeihen. Anerkannt haben den Tarif die Schuhmacheremeister: Saurer, Langer, Vogler, Maier und Maus. Nicht bewilligt haben: Wendle, August Bach und Pflaum.

Wir erjuchen die Arbeiterschaft, bei Einkäufen und Reparaturen die gebührende Anwendung hieraus zu ziehen.

Aus Daglanden schreibt man uns: Zu der Erklärung des Herrn Hermann Müller aus Daglanden in Nr. 105 Ihres Blattes vom 7. Mai S. 4 erlaube ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung aufgrund von § 11 des Pressegesetzes:

„Es ist unwar, daß Hrl. Licht von mir beauftragt wurde, zu Herrn Pfisterer zu gehen. Wahr ist vielmehr, daß der Unterzeichnete es gern gesehen hätte, wenn der Vortrag des Herrn Gottfried Schwarz gehalten worden wäre, um der katholischen Bevölkerung dann zu zeigen, was man ihr von gewisser Seite über Kirche und Sakramente zu bieten wagt. Es ist infolgedessen auch unwar, wenn Herr Hermann Müller behauptet, der Herr Pfarrer stecke hinter der ganzen Geschichte.“ Friedrich Förster, Pfarrer.

Zwei weitere Schreiben von Hrl. Licht und Herrn Pfisterer, beide von Herrn Förster geschrieben, bestätigen, daß Herr Pfarrer Förster einen Auftrag nicht erteilt hat.

Barnhart, 9. Mai. Selbstmord. Die etwa 40jährige Frau C., Mutter von acht zum Teil noch kleinen Kindern, welche sich vor einigen Tagen im Zustand geistiger Unmachtung, mit Petroleum übergieß und dann anzündete, ist von ihren gräßlichen Schmerzen durch den Tod erlöst worden.

Triburg, 7. Mai. Die Fusion des Schwarzwälder Bankvereins mit der Rheinischen Kreditbank in Mannheim wurde von der gestrigen Generalversammlung einstimmig beschlossen. Vertreten waren 2995 Aktien mit 954 Stimmen. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde mit 909 gegen 45 Stimmen Entlastung erteilt. Herr Stegmüller-Freiburg übte an der Leitung in scharfer Weise Kritik. Direktor Profin von der „Rheinischen“ verteidigte bis zu einem gewissen Grade die Leitung. Wenn er auch die Dibi-

denpolitik des verstorbenen Direktors Wenz nicht billigen konnte. Mehr wie geboten, ließ sich die „Rheinische“ nicht abknöpfen. Das Schicksal des Schwarzwälder Bauvereins als selbstständiges Unternehmen ist damit besiegelt.

Eine Entführungsgeschichte

wurde dieser Tage vor der Karlsruher Strafkammer verhandelt. Der Angeklagte war der früher in Unterwisshelm beschäftigte, verwitwete Zigarrenmacher Jakob Peter Bastind aus Gonda in Holland. Er hatte im Monat Januar ds. Js. die 19 Jahre alte Sofie Walduf in Unterwisshelm veranlaßt, heimlich ihr Elternhaus zu verlassen und mit ihm nach Holland zu gehen. Der Angeklagte arbeitete im Frühjahr 1908 in der Zigarrenfabrik Schlosinger in Unterwisshelm, in der auch der Sofie Walduf beschäftigt war. Zwischen beiden entspann sich hinter dem Rücken der Eltern des Mädchens bald ein Liebesverhältnis. Anfangs Januar ds. Js. machte Bastind seiner Geliebten den Vorschlag, mit ihm in seine Heimat zu reisen, wo sie sich verehelichen würden. Das Mädchen ließ sich überreden und ging auf dieses Ansuchen ein. Am 9. Januar verließ sie, ohne ihren Eltern davon ein Wort zu sagen, mit dem Angeklagten Unterwisshelm. Damit ihre heimliche Abreise in dem Orte nicht bekannt werde, wanderten sie zu Fuß nach Langenbrücken und benutzten erst von dieser Station aus die Bahn. Ihr Reiseziel war Gonda. Sie fuhren über Mannheim zunächst nach Emmerich, wo sie Halt zu machen gezwungen waren, da sie kein Reisegeißel mehr besaßen. Um sich weitere Mittel zu beschaffen, verkleidete der Angeklagte ein Kleid der Walduf. Dadurch belamen sie das nötige Geld zur Weiterfahrt. Sie erreichten auch andern Tags Gonda, wo das Liebespaar bei den Eltern Bastinds Aufnahme fand. Dort war aber für die Walduf des Mädchens nicht lange. Da sie die von den holländischen Behörden geforderten Ausweispapiere nicht beschaffen konnte, wurde sie von der Polizei eines Tages kurzerhand über die Grenze geschafft und nach Emmerich verbracht. Hier saß nun die Walduf in einer fremden Stadt, aller Vermittel entloßt. In dieser peinlichen Situation entschloß sie sich, an ihren Vater um Geld für die Heimreise zu schreiben. Der Vater sandte kein Geld, aber er veranlaßte die Festnahme seiner Tochter durch die Behörde in Emmerich und holte dann selbst nach einigen Tagen das Mädchen in die Heimat ab. Bald darauf kam auch Bastind wieder nach Deutschland. Er war am 13. Februar in Unterwisshelm und reiste dann, angeblich um Arbeit zu suchen, zuerst nach Straßburg und dann nach Mülhausen, wo er auf Anzeige des Vaters der Walduf wegen Entführung verhaftet wurde. Bastind hatte sich jetzt wegen Vergehens gegen § 237 R.-Str.-G.B. zu verantworten. Er erhielt 8 Wochen Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft.

Aus Freiburg.

Freiburg, 10. Mai.

Ein Kinderhilfsstag.

Der Verein für Ferienkolonien plant für den 19. Mai einen Kinderhilfsstag. Das heißt, an dem Tag soll eine Sammlung veranstaltet werden, um die Geldmittel zu gewinnen, welche notwendig sind, um einer größeren Anzahl kranklicher Schulkinder während der Ferien den Aufenthalt im Schwarzwald zu ermöglichen. Im letzten Jahre wurden die Mittel durch ein großes Fest aufgebracht. Diese Art der Beschaffung von Mitteln hat sich nicht bewährt, weil nur ein kleiner Teil der leistungsfähigen Bevölkerung herangezogen wird. Der Verein für Ferienkolonien hofft bei einer Sammlung von Haus zu Haus mehr Mittel zu beschaffen. Aus dem Aufruf entnehmen wir noch folgendes:

Freiburg ist nicht nur reich und sehr vorzüglich gelegen, innerhalb seiner Mauern leben nur wenig Bettler. Und trotzdem beherbergt es in seinen Mauern eine große Anzahl von Familien, die in knappter Weise durch ehrliche Arbeit sich durchbringen müssen, nur von der Hand in den Mund leben, aber keinen Pfennig übrig behalten, um in vorzorgender Weise etwas zu unternehmen. Daraus entsteht die tieftraurige Alternative: Entweder arbeiten können — oder untergehen. Unter diesem Geseß leidet nicht nur das einzelne Individuum, sondern auch die Gesamtheit. Gesundheit ist die erste Bedingung im Kampfe ums Dasein. Schwächliche und kranke Kinder werden zu kranken Erwachsenen, die entweder unterliegen in diesem Kampfe, oder sich und anderen zur Last fallen. Hier setzen die Bestrebungen des Vereins ein. Wenn es ihm gelingt, nur einem Bruchteil die Gesundheit zu erhalten oder zu verschaffen, so ist damit eine segensreiche Tat getan. Der Verein appelliert an alle, die in der Lage sind, etwas zu geben und hofft, daß die Sammlerinnen gute Ernte haben, damit der Verein auch in diesem Jahre die Aufgabe, welche er sich gestellt hat, erfüllen kann.

Ein Aufruf über Arbeiterversicherung beginnt heute Abend. Der Unterricht wird im Lokal „Goldener Apfel“ erteilt und empfohlen wir den Besuch dieser Kurse auf das dringendste.

Ortskrankenkasse. Die Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse findet am Donnerstag, 13. Mai, abends 8 Uhr, im Kornhausgäßchen statt. Auf der Tagesordnung steht: Berichtigung der Rechnung für 1908, Wahl der Rechnungsprüfungskommission, Einführung der Verhältniswahl, Änderungen der Satzungen, Verschiedenes. Die Freiburger Ortskrankenkasse dürfte die erste große badische Kasse sein, welche die Verhältniswahl einführt und ist zu wünschen, daß das Beispiel allerorts Nachahmung findet.

Achtung Schneider! Die lokale Freiburg des Schneider- und Tischbearbeiterverbandes beruft für morgen Dienstag Abend in den „Storch“ eine öffentliche Versammlung ein. In derselben wird der Gauleiter H. Joseph, Frankfurt über die diesjährigen Verhandlungen der Hauptverbände referieren. Durch die Übernahme sämtlicher Tarife auf die Hauptverbände und das Anstreben eines Nationaltarifes der ganzen Bekleidungsbranche werden die künftigen Lohnbewegungen mehr einen zentralen Charakter annehmen wie jetzt. Demgemäß werden auch den künftigen Tarifregelungen eine ganz andere Taktik zu Grunde gelegt. Deshalb ist es Pflicht jedes einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen, d. h. nicht nur die Werkstattarbeiter, sondern auch alle Kollegen, die noch für ein Geschäft tätig sind. Beginn der Versammlung halb 9 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Stadttheater. Mittwoch, 12. Mai: „Die Geschwister“, Schauspiel in 1 Akt von W. v. Goethe. Hierauf: „Die Mitschuldigen“, Lustspiel in 3 Akten von W. v. Goethe. — Donnerstag, 13. Mai. Zum drittenmale: „Tragödie“, — Freitag, 14. Mai. Zum drittenmale: „Die Liebe wacht“, Lustspiel in

4 Akten von G. A. de Caillabet und Robert de Flers. — Samstag, 15. Mai. Anfang 8 Uhr: „Die Meisterfinger von Nürnberg“, Handlung in 3 Akten von Rich. Wagner. — Schluß der Spielzeit!

Ballonaufstiege. Der Preisgaurverein für Luftschiffahrt gibt bekannt, daß am Montag, Mittwoch oder Donnerstag von hier aus ein Aufstieg des Ballons „Rognat“ stattfindet. Aufstieg voraussichtlich jeweils vormittags 9 Uhr von der Gasanstalt in der Weißstraße aus. — Führer ist Herr de Baucclair.

Nahrungsmittelkontrolle. Im Laufe des Monats April wurden vom städtischen Untersuchungsamt 28 Proben von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen untersucht, welche zu Beanstandungen keinen Anlaß boten. Dagegen wurden auf dem Bogenmarkt 6 Körbe Äpfel, 2 Körbe Blumenkohl und ein Korb Orangen, welche verdorben waren, eingezogen und die betreffenden Eigentümer zur Anzeige gebracht.

Unglücksfall. Am 8. Mai, nachmittags, geriet eine 82jährige Frau an der Ecke der Weißhof- und Kaiserstraße unter das Pferd einer nach dem Marktstorf fahrenden Droschke. Die Frau wurde von dem Pferd mehrfach getreten und erlitt verschiedene, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen. Nachdem in der Klinik ein Notverband angelegt war, konnte die Frau in das Mutterhaus, wo sie wohnt, verbracht werden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 10. Mai.

Frauensektion.

Wir machen nochmals auf die heute Abend stattfindende erste Mitgliederversammlung der Frauensektion des sozialdemokratischen Vereins aufmerksam. Die Parteigenossen erlucht der Ausschuß des Vereins, ihre Frauen und Töchter zum Besuch der Versammlung zu veranlassen. Es steht ein Vortrag des Genossen Weismann auf der Tagesordnung, ferner sind die Wahlen für die Leitung der Sektion vorzunehmen. Versammlungslokal ist der „Zähringer Löwe“, Ecke Zähringer- und Adlerstraße. Die Versammlung beginnt um halb 9 Uhr.

Sozialdemokratische Bürgerauschuffraktion.

Morgen Dienstag Abend findet im „Auerhahn“ eine Sitzung der Fraktion statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Mit Freisprechung

endete am Samstag vor dem Schöffengericht Karlsruhe die Privatklage des Wäckermeisters Häcker von Weingarten gegen den Genossen Weismann.

Nach der Bürgerauschuffwahl in Weingarten, bei der die sozialdemokratische Partei unterlag, erschien am 22. Dez. 1908 im „Zähringer Wochenblatt“ ein längerer Artikel, in welchem der Sieg der Bürgerlichen gefeiert und die Anstrengungen der Sozialdemokraten verhöhnt wurden. Dagegen wendeten sich zwei längere Notizen unseres Blattes, welche unter der Rubrik: Kommunalpolitik standen und aus Weingarten datiert waren. Im 5. Absatz der einen Notiz hieß es:

„In letzter Linie handelte es sich darum, die Vertreter des „Wühghausens“ wie ein Weingartener Wäckermeister geschmackvoll die Arbeiter bezeichnet, vom Rathaus fernzuhalten.“

Als bald nach Erscheinen jenes Artikels kamen die Weingartener Wäckermeister Karl Häcker, Friedrich Lepp, Karl Koch, Alois Höhn, Jakob Schöffler und Wilhelm Böcker zusammen und richteten eine Zuschrift an den „Volkstrend“, worin sie sagten, daß ihre eingezogenen Erkundigungen ergeben hätten, daß der fragliche Ausdruck seitens eines der Weingartener Wäckermeister überhaupt nicht gebraucht worden sei. Unser Gewährsmann blieb bei seiner Behauptung und nannte den Wäckermeister Häcker als jenen, welcher die Äußerung vom Wühghausen gebraucht habe.

Häcker klagte und Jakob Weismann, welcher für die Rubrik Kommunalpolitik verantwortlich zeichnet, den Beweis zu, daß er fragliche Bemerkung gemacht habe. Weismann trat am Samstag diesen Beweis an. Zwei Zeugen aus Weingarten mußten bestätigen, daß sich in der Scheune des Landwirts Schauselberger ein Gespräch abgepielt, bei welchem dem Sinne nach Häcker geäußert hat: „In der 1. und 2. Klasse sind auch Leute, welche zum Wühghausen gehören.“

Mit dem Ausdruck Wühghausen bezeichnet man in Weingarten im großen Ganzen die Wähler der 3. Klasse und es war erklärlich, daß sich die Arbeiter von Weingarten durch den Ausdruck Wühghausen beleidigt fühlten. Herr Häcker war bei der Bürgerauschuffwahl der Herrrufer im Kampfe gegen unsere Partei. Da ihm verschiedene Kunden merken ließen, wie sie über seine Äußerung denken, wendete er sich vor Gericht außerordentlich, daß er sich im Sinne des „Volkstrend“-Artikel geäußert habe.

Es half aber nichts. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis als erbracht an und sprach Weismann frei. Es erklärte auch, zu der feinerseitigen Berichtigung hätten die Weingartener Wäckermeister keine Veranlassung gehabt. Herr Häcker habe durch die Äußerung die Arbeiter nicht herabsetzen wollen, aber er habe sie gebraucht.

Wir können nicht finden, daß Herr Häcker seine Situation durch die Klage gegen den „Volkstrend“ verbessert hat. Er hätte nach Lage der Sache besser getan, zu schweigen.

Zum ersten Ausflugstag

hatte das Wetter den gestrigen Sonntag gestaltet. Abgesehen vom ersten Osterfeiertag war es in den letzten Wochen nicht möglich, sich straflos dem Wetter anzubehalten.

Anders gestern. Da wanderte Alt und Jung hinaus in die erwartete Natur und freute sich an ihrer reichen Milde, an Waldesdüften und Vogelklang. Wir dürften sich behaupten, daß gerade in der Jetztzeit die Natur im schönsten Schmucke prangt.

Am Abend sah man an den heimfahrenden Zügen und den sonstigen Straßenleben, daß viele Tausende der städtischen Heimat entflohen waren.

Aus der Stadtrats-Sitzung

vom 6. Mai.

Wegen Gewinnung von Entwürfen zur Errichtung eines Denkmals für den früheren Oberbürgermeister Karl Schaefer auf dem Plage vor dem Mosejchen Garten, Ecke Kriegstraße und Weierheimer Allee, wird ein Wettbewerb unter den hiesigen Künstlern ausgeschrieben, nachdem der Bürgerausschuß den dafür im Gemeindevoranschlag vorgesehenen Betrag von 1000 Mark bewilligt hat.

Das Komitee für die in den preussischen Provinzen durch Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen dankt für die hochbetragte Gabe von 1000 Mk., die ihm von der Stadtgemeinde zugewendet worden ist und spricht auch allen denen Dank aus, die zu den dahier gesammelten freiwilligen Gaben beigetragen haben. Ferner dankt die Stadtgemeinde Wertheim a. M. für die den dortigen Hilfsbedürftigen aus der Stadtkasse zugewendete Beihilfe von 500 Mk.

Auf Antrag der Straßenbahnkommission wird beschlossen, die vom Straßenbahnamt beantragte Verminderung der Zahl der Straßenbahn-Haltstellen zurückzustellen bis nach dem Ausbau des Straßenbahnnetzes der infolge der Verlegung des Hauptbahnhofes bevorsteht.

Die beiden Treppenaufgänge des westlichen Teils der Gruftenhalle auf dem neuen Friedhof sollen zur Verhinderung von Beschädigungen der dort aufgestellten sehr wertvollen Grabdenkmäler mit einem Gitterabfluß versehen werden, zu dem den Besitzern von Grabstätten daselbst Schlüssel beizubringen werden.

Wegen Besetzung einer etatmäßigen Handelslehrerstelle an der städt. Handelsschule wird dem großh. Landesgewerbekammer-Vorstand nach Antrag des städt. Handelschulrats ersattet.

Wegen das Gesuch der Firma Wäcker u. Schärer um Genehmigung zur Errichtung einer Sauggas-Anlage in ihrer Glaserei und Scheinerei, Kronstraße 26, werden Einwendungen nicht erhoben.

Das städt. Hochbauamt teilt mit, daß die baulichen Vorstellungen im Gemeindegemeinde der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden benodigt sind. Die Anstalt ist nun in Benutzung genommen worden.

Die Plätze für die Einrichtung von Wirtschaften im Mesudenmagazin auf dem Mehlplaz während der diesjährigen Frühjahrs- und Spätjahrs-Messe werden an den Wirt Heinrich Baumer, der das höchste Gebot eingelegt hat, vermiertet.

Das Gesuch der Frau Sofie Archimandrit um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Lessingstraße“, Lessingstraße 62, wird dem Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

Vergeben werden: die Drucklegung der Denkschrift über das neue städtische Krankenhaus an die Müller'sche Hofbuchhandlung, die Erstellung einer Preisverhandlung in der Werkhalle II an Rheinhausen an Zimmermeister Ernst Oberle, der Umbau zweier Viehwagen für das städtische Liebeshaus an Schmiedemeister Friedrich Klingwald, die Herstellung von rund 560 Quadratmeter Holzplaster in der Ritterstraße vor dem Dienstgebäude des evangelischen Oberkirchenrats an die Firma Heinrich Fretze in Berlin, die Lieferung von 50 Baumstümpfen für die öffentlichen Anlagen an die Firma Schlichtermann u. Krämer in Dortmund, Vertreter Kaufmann Wilhelm Beck hier, die Lieferung einer Stopfmachine mit Motorantrieb für das städtische (Wieroch) Bad an Kaufmann Georg Wappes hier.

Der Stadtrat dankt dem Herrn Privatier Friedrich Wengler hier für eine den städtischen Sammlungen zugewendete wertvolle Wüste des Markgrafen Leopold von Hochberg, späteren Großherzogs Leopold, dem Herrn Bildhauer Kolmar für Ueberlieferung eines Exemplars des Werks „Schneidewind, Geschichte der Expedition der Franzosen nach Ägypten und Syrien in den Jahren 1798—1801“, dem 1. Badischen Synologen-Klub für die Einladung zu der am 9. Mai ds. Js. in der städt. Ausstellungshalle stattfindenden Gedenk-Ausstellung.

Bei der städtischen Sparkasse wurden im Monat April ds. Js. eingelegt 875 Posten mit einer Gesamtsumme von 1113 923,33 Mark, zurückgezogen 3871 Posten mit einer Gesamtsumme von 698 503,64 Mk. Die Zahl der zugegangenen Einleger betrug 705, die der abgegangenen 506.

Das Landhauer Männer-Doppelquartett.

so benannt nach dem ehemaligen Lehrer Landhauer in Ortruvinkel, jetzigen Hauptlehrer in Mannheim, gab gestern Abend im „Kühlen Krug“ ein Konzert. Das Programm war gut gewählt. Vorträge des Gesamt-Quartetts wechselten ab mit Solis für Cello und für Bariton.

Das Stimmmaterial des Quartetts ist ein gutes; doch überwiegt die stimmliche Kraft der Bässe, welchem die Tenöre nicht in entsprechender Stärke standhalten können. Durch vorzügliche Schulung und gewissenhafte Beobachtung der Gesetze der Rhythmik war indessen bei den Vorträgen innere Harmonik garantiert, nachdem sich erst einmal die Mitglieder des Quartetts eingestimmt hatten. Es erlöhnt sich, das eine oder andere Lied herauszugreifen; mit gutem Griff hatte man leicht verständliche und melodienreiche Volkslieder ausgewählt. Einige Lieder hatte Herr Landhauer in Musik gesetzt und sich mit Gluck als Komponist versucht.

Die Solis für Cello, gespielt von Herrn Schilling, zeigten von gründlicher Beherrschung der Technik. Es lag Gefühl in diesem Spiel.

Herr Kraußmann als Baritonist hatte vier Nummern des Programms übernommen; er führte sie glänzend durch. Seine Stimme ist geschmeidig und weiß auch die richtige Betonung zu finden.

Alles in allem darf das Landhauer-Quartett, dem auch bekannte Sänger aus Karlsruhe und der Umgegend angehören, den gestrigen Abend als einen Erfolg buchen.

Sehn Sie, das ist ein Geschäft.

das bringt noch was ein. Das dem Oberland wird berichtet: Die Firma Weillrock u. Schäfer, Architekt in Karlsruhe, ist auf eine etwas eigenartige Aktion im Falle verfallen. Sie will den Zeitungsvorlegern Cliches von durch sie ausgeführten Bauten frei zur Verfügung stellen und verlangt nur dafür Gratisinfektion, eventuell will sie sich herbeilassen, eine geringe Entschädigung zu zahlen. Wir sind gespannt, ob jemand auf diese naive Zumutung hereinfällt.

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Unterhaltungsblatt zum Volkstrend.

Aus allen Gebieten.

Theater, Kunst und Wissenschaft. Ein Liebesstich vom städtischen Konz. Bei einem Umbau am Hohenhaus in der Gollersstraße zu Wohnungszwecken sind auf einer mittelalterlichen Mauer eine Anzahl mittelalterlicher Gemälde und ein Relief in einer Nische entdeckt worden. Die Gemälde stellen einen Mann und eine Frau dar, die in einer Umarmung stehen. Das Relief zeigt eine Gruppe von Figuren. Die Entdeckung ist von großer Bedeutung für die Kunstgeschichte der Region.

Die Anstellung eines vollbeschäftigten Schulzahnarztes

Die Anstellung eines vollbeschäftigten Schulzahnarztes ist auf der Tagesordnung der nächsten Bürgerausschussung. In der Begründung wird gesagt:

Wie bekannt, ist seit Juni 1908 seitens der Stadt eine Zahnklinik eingerichtet, in der die Schüler der Volksschule unentgeltlich behandelt werden. Die Leitung haben die Zahnärzte Biel, Weigle und Stöcker im Nebenamt gegen eine Gesamtvergütung von 1200 Mk. im Jahre übernommen. Die Klinik ist an vier Wochenenden je 2 Stunden geöffnet. Die genannten Herren haben den Vertrag auf 1. Mai ds. Js. gekündigt, sodass eine neue Besetzung der Stelle erforderlich ist.

Man wird aber die bisherige, ein Provisorium darstellende Organisation nicht beibehalten können. Es kommt bei der geringen Zeit, in der die Klinik geöffnet ist, nicht in genügender Weise dem Bedürfnis entsprochen werden. In der Zeit vom 21. Juni 1908 bis 21. Januar 1909 konnten nur 1083 Kinder behandelt werden, bei denen 1802 Zähne gezogen, 205 Füllungen gesetzt, 808 Wurzelbehandlungen gemacht und 176 sonstige Behandlungen ausgeführt wurden. Das ist bei einer Schülerzahl von über 14 000 Kindern ganz unzureichend, da erfahrungsgemäß ein sehr hoher Prozentsatz der Kinder zahnärztliche Behandlung bedürftig (in Freiburg wurden beispielsweise 89,08 Prozent der untersuchten Kinder zahnkrank befunden). Auch hier kurz nach der Eröffnung der Zahnklinik ein solcher Mangel festzustellen, das Maßnahmen nötig wurden, um eine gewisse Reihenfolge der Schüler festzusetzen.

Wenn eine ausreichende Behandlung der Schulkinder stattfinden soll, wird nur übrigbleiben, wie dies auch in anderen größeren Städten geschehen ist, einen Zahnarzt im Hauptamt als Privatpraxis angustellen, wozu nach § 56a Ziffer 1 der Städte-Ordnung die Zustimmung des Bürgerausschusses erforderlich ist.

Wir haben die Stelle zur Bewerbung ausgeschrieben, und es ist in Aussicht genommen, sie dem Zahnarzt Gerd Biel hier, der bisher schon, wie erwähnt, an der Zahnklinik tätig war, zu übertragen.

Herr Biel verlangt einen Gehalt von 6000 Mark, der sich alle 2 Jahre erheben soll. Am 1. Januar 1912 um 300 Mark bis zum Höchstgehalt von 8 500 Mark steigern soll. Herr Biel würde demnach verhältnismäßig mit 4-jährlicher Kündigung angestellt sein; es ist in Aussicht genommen, ihn später gegebenenfalls mit Versammlungsbeschluss und Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung angustellen. Die Ansprüche des Herrn Biel müssen mit Rücksicht darauf, daß Privatpraxis ausgeschlossen sein soll, als berechnigt anerkannt werden.

Dadurch, daß die Klinik künftig an sechs ganzen Wochenenden (statt drei halben Tagen) geöffnet sein soll, werden sich verhältnismäßig auch die übrigen Kosten (Bewehnung, Heizung, Beleuchtung u.) entsprechend erhöhen. Es wird anzunehmen sein, daß der Gesamtaufwand für die Klinik für 1909 etwa 6 800 Mk. betragen dürfte, also 4 000 Mk. mehr als im Voranschlag der Volksschule vorgezogen ist. Dieser Aufwands wird durch Ersparnisse in anderen Positionen des Voranschlags der Volksschule vermuthlich eingebracht werden können.

Staatsbauführer u. Unternehmer am hiesigen Bahnhofneubau.

Am 1. Mai wurden von der Firma Mall und Peter von Pfaffheim drei Maurer entlassen, angeblich deshalb, weil es die hiesige Bauinspektion so verlangt habe. Die Begründung der organisierten Maurer forschte nach dem Grund dieser Entlassung, und wurde ihr mitgeteilt, daß schlechtes Mauerwerk von den Entlassenen geliefert worden sei.

In einer am Montag, den 8. Mai, stattgefundenen Versammlung der an dem fraglichen Bau beschäftigten Maurer wurde festgestellt, daß bei zwei der Entlassenen absolut schlechtes Mauerwerk in Betracht komme, während bei dem dritten wohl etwas zu tabeln war, jedoch nicht in dem Umfang, daß man den Mann einfach aus der Straße setze.

Die Versammlung beschloß, dies Ergebnis den Arbeitgebern mitzuteilen, um die Wiederbeschäftigung der drei Maurer herbeizuführen. Der Bezirksleiter Philipp wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Vertrauensmann der dortigen Baustelle bei dem Staatsbauführer Dold, dem die Leitung dieses Baues obliegt, vorzugehen zu werden, um zu erfahren, ob es Tatsache sei, daß die drei Maurer auf Veranlassung der staatlichen Bauinspektion entlassen wurden. Am Montag Abend gingen die beiden Vertrauensleute ins Büro des Herrn Staatsbauführer Dold.

Anhalt daß Herr Dold sich das Anliegen vorgetragen ließ, sagte er mit einer Konart die vor 10 Jahren einem Maurer, den Sie hier auf der Baustelle, Sie waren schon öfters hier auf der Baustelle, auch Herr Heim (der Ingenieur von Grün u. Wanger) hat es mir schon gesagt, Sie haben auf der Baustelle gesagt: „Was tun Sie hier in dem Büro, gehen Sie an Ihre Arbeit, machen Sie, daß Sie hinauskommen.“

Nachdem Philipp den Herrn Staatsbauführer Dold darauf aufmerksam gemacht hat, daß er von einem Staatsbauführer eine anständigere Behandlung erwartet hätte und daß der Herr im Auftrag einer Versammlung bei der Unterredung mit anwesend sein muß, bequeme sich Herr Dold, eine etwas andere Unterredung stellte es sich dann heraus, daß die hiesige Bauleitung von den Unternehmern wohl verlangt hat, daß sie bald gemauert wird, daß aber eine direkte Weisung zur Entlassung der Maurer nicht ergangen sei.

Es wurde dann mit Herrn Mall unterhandelt, aber ohne Erfolg. Dienstag Mittag fand eine weitere Vertrauensmannbesprechung statt, und wurde der Bauvertrauensmann beauftragt, die drei Maurer um die Wiedereinstellung der Leute noch einmal anzusprechen. Sollte dieser letzte Versuch scheitern, dann findet am Mittwoch früh 8 Uhr eine weitere Versammlung statt. Letztere war nicht mehr notwendig, weil die Leute wieder weiterbeschäftigt wurden. Mit andern Worten, der Friede war hergestellt.

Sehr erbaud auf diesem Frieden scheint nun der Herr Staatsbauführer Dold nicht gewesen zu sein, denn in seiner letzten Rede als Staatsbauführer sprach er zu den Maurern: „Ihr wisst, ich habe den Auftrag von dem Unternehmer, meine Arbeit nicht tadellos auszuführen, zu entlassen, wenn Sie nicht wieder streifen wollen, nachdem Sie den ganzen Winter arbeitslos wart.“

Wir haben die Versicherung, wer wollte uns nun noch etwas sagen, wenn wir hier behaupten: „Ein Staatsbauführer im Nebenamt, der seine Arbeit nicht tadellos ausführt, zu entlassen, das ist ein ganzes Winter arbeitslos wart.“

Wir haben die Versicherung, wer wollte uns nun noch etwas sagen, wenn wir hier behaupten: „Ein Staatsbauführer im Nebenamt, der seine Arbeit nicht tadellos ausführt, zu entlassen, das ist ein ganzes Winter arbeitslos wart.“

Wir haben die Versicherung, wer wollte uns nun noch etwas sagen, wenn wir hier behaupten: „Ein Staatsbauführer im Nebenamt, der seine Arbeit nicht tadellos ausführt, zu entlassen, das ist ein ganzes Winter arbeitslos wart.“

Wir haben die Versicherung, wer wollte uns nun noch etwas sagen, wenn wir hier behaupten: „Ein Staatsbauführer im Nebenamt, der seine Arbeit nicht tadellos ausführt, zu entlassen, das ist ein ganzes Winter arbeitslos wart.“

wäre doch jammerschade, wenn die Maurer das bisherige Guttrauen zu einem Staatsbauführer noch vollends verlieren würden. „Schämt Euch, daß Ihr schon wieder streifen wollt!“ Dieser Ausspruch von einem Staatsbauführer ist wirklich unheimlich und zeigt uns recht deutlich, daß dieser Mann der Situation überhaupt nicht gewachsen ist.

Daß Herr Dold nicht in die Verlegenheit kommt, auf Antrag der Herren Unternehmer Leute zu entlassen, dafür werden die Maurer schon sorgen; nur wäre zu wünschen, daß sich der Herr Staatsbauführer Dold in Zukunft nicht allzusehr ereifert, sonst könnten auch die Maurer einmal die Geduld verlieren.

Geschäftsleitung des Maurerverbandes.

* Fußballsport. Das Spiel zwischen der repräsentativen Südkreismannschaft und der kombinierten Karlsruher Mannschaft endete mit einem Siege der ersteren von 6:2 Toren. Die Karlsruher Mannschaft machte zwar die größten Anstrengungen, konnte aber der Repräsentativen, die recht glücklich zusammengestellt ist, den Sieg nicht verkuemmern.

Der F. C. „Rhönig“ hatte auf seinem Plage ein Wettspiel mit dem F. C. „Victoria“-Mannheim ausgetragen, das er mit 4:0 Toren zu seinen Gunsten entschied. Das Spiel war durchweg offen und fair und zeigte besonders „Rhönig“ schöne Kombinationen, gegen welche die Mannheimer nicht aufkommen konnten.

* Das Gencelungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden wurde am 1. Mai eröffnet. Das Heim liegt 305 Meter hoch am Fuße des Merkur auf dem Annaberg und bietet eine prächtige Aussicht auf Baden und die umliegenden Berge. Auf beinahe ebenem Wege ist der Hochwald des Merkur in kurzer Zeit zu erreichen. Das Haus selbst, in dem früher ein Hotel betrieben wurde, steht seit acht Jahren; es ist sehr gut eingerichtet und hat 28 Zimmer mit 1 und 2 Betten für Gäste. Die meisten Zimmer haben Balkone, von denen man einen herrlichen Blick auf die Umgebung genießt. Im ersten Stockwerk liegen ein großes Speisezimmer, ein Gesellschaftsraum und ein Leses- oder Schreibzimmer sowie eine vollständig geschlossene Terrasse, die bequem für 40 Personen Platz bietet. Für diejenigen, die größere Spaziergänge nicht machen können oder wollen, gibt ein schön angelegter schwattiger Garten mit von Rosen und Neben umrankten Laubengängen Gelegenheit zum Aufenthalt im Freien. Das Heim ist für erholungsbedürftige weibliche Personen aus Karlsruhe bestimmt. Die Tage ist auf nur 2,50 Mk. pro Tag festgesetzt.

Der Kampf gegen die Schuldenliteratur, der jetzt allgemein als so notwendig erkannt wird, steht auch auf der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung, die Sonntag, den 16. Mai, im Geschäftshaus des Verbandes, Stiftstraße 32 in Frankfurt a. M., stattfindet. Es wird dort über die Erfahrungen berichtet werden, die der Verband mit seinen stillen Versuchen im praktischen Kampfe gegen den Schmutz in Schrift und Bild an verschiedenen Orten gemacht hat, und es soll im Anschluß daran über die Wege gesprochen werden, die weiter zu verfolgen sind, um unserer Volks- und unserer Jugend gute, anhalt der schlechten Literatur zugänglich zu machen. Umfassende Vorbereitungen zu einer erfolgreicheren Arbeit in Gemeinschaft mit gleichstrebenden Personen und Körperschaften sind bereits getroffen. Außerdem wird sich die um halb 11 Uhr beginnende Vormittags-sitzung mit der Weiterentwicklung des volkstümlichen Vortragswesens (Volksvorlesungen), der Vereidung der Volksgesellschaft durch gute Volkserhaltungsvorstellungen und der Weiterentwicklung des Verbandstheaters befassen. Die um halb 4 Uhr beginnende öffentliche Nachmittagsversammlung bringt eine Aussprache über den Zusammenhang zwischen Volksbildung und Genossenschaftswesen, die durch ein Referat von Herrn Prof. Dr. Staubinger aus Darmstadt eingeleitet wird. Man hofft auf eine zahlreiche Beteiligung aus den dem Verbands angehörenden 160 Vereinen und Körperschaften und aus den Kreisen der persönlichen Mitglieder. Druckschriften über die Verbandsbetreibungen erhält man kostenfrei durch die Geschäftsstelle, Stiftstraße 32 in Frankfurt a. M.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Der Kampf gegen die Schuldenliteratur, der jetzt allgemein als so notwendig erkannt wird, steht auch auf der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung, die Sonntag, den 16. Mai, im Geschäftshaus des Verbandes, Stiftstraße 32 in Frankfurt a. M., stattfindet. Es wird dort über die Erfahrungen berichtet werden, die der Verband mit seinen stillen Versuchen im praktischen Kampfe gegen den Schmutz in Schrift und Bild an verschiedenen Orten gemacht hat, und es soll im Anschluß daran über die Wege gesprochen werden, die weiter zu verfolgen sind, um unserer Volks- und unserer Jugend gute, anhalt der schlechten Literatur zugänglich zu machen. Umfassende Vorbereitungen zu einer erfolgreicheren Arbeit in Gemeinschaft mit gleichstrebenden Personen und Körperschaften sind bereits getroffen. Außerdem wird sich die um halb 11 Uhr beginnende Vormittags-sitzung mit der Weiterentwicklung des volkstümlichen Vortragswesens (Volksvorlesungen), der Vereidung der Volksgesellschaft durch gute Volkserhaltungsvorstellungen und der Weiterentwicklung des Verbandstheaters befassen. Die um halb 4 Uhr beginnende öffentliche Nachmittagsversammlung bringt eine Aussprache über den Zusammenhang zwischen Volksbildung und Genossenschaftswesen, die durch ein Referat von Herrn Prof. Dr. Staubinger aus Darmstadt eingeleitet wird. Man hofft auf eine zahlreiche Beteiligung aus den dem Verbands angehörenden 160 Vereinen und Körperschaften und aus den Kreisen der persönlichen Mitglieder. Druckschriften über die Verbandsbetreibungen erhält man kostenfrei durch die Geschäftsstelle, Stiftstraße 32 in Frankfurt a. M.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

Das Rhein-Mainische Verbandstheater stellt sich in den nächsten Wochen dem Rheinisch-Westfälischen Volksbildungs-Verbande zu einem Versuche der Einführung von Volksvorstellungen in der weiteren Umgegend von Köln zur Verfügung. Nachdem das Rhein-Mainische Verbandstheater in der Markt-Brandenburg eine Nachbildung erfahren hat, denkt man auch in Rheinland-Westfalen im kommenden Winter ein Volksbildungs-Theater ins Leben zu rufen. Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt a. M. unterstützt dieses Vorhaben dadurch, daß er sein Theaterpersonal für einige Einführungs-vorstellungen zur Verfügung stellt.

55 Minuten hier eintreffenden Elzuge im Damenabteil zweiter Klasse von Wiesbaden hierher, als plötzlich zwischen Kasten und Köchlein eine verummte Männergestalt die Coupette öffnete und die Frau mit vorgehaltenem Revolver aufforderte, ihr Geld herauszugeben, widrigenfalls er sie erschießen würde. Die Frau gab ihr gutwillig ihr Geld, worauf er ihr die Hände binden wollte, damit sie nicht die Kollene ziehen könne. Die Leberfollene versprach, dies nicht tun zu wollen, worauf der Räuber mit 170 Mk. wieder verschwand. Es konnte noch nicht ermittelt werden, wer der Täter ist, obwohl in Frankfurt bei Ankunft des Zuges alles untersucht wurde. Man vermutet, daß der Täter ein entlassener Eisenbahnarbeiter ist.

Die Mutter auf dem Bau verunglückt, der Vater im Gefängnis. Weiswig, 8. Mai. Vom dritten Stockwerk eines Neubaus stürzte eine Handlangerin, Mutter von drei Kindern, auf die Straße und war sofort tot. Der Vater der Kinder sitzt im Gefängnis.

Das Ende eines Liebesdramas.

Natibor, 10. Mai. Der Postassistent Wente in Konstantinopel hatte mit einem Mädchen ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Im Einvernehmen mit Wente begab sich das Mädchen zu einer Frau nach Berlin, um die Folgen des Fehltrittes zu beseitigen. Dieser Schritt wurde die Ursache ihres Todes. In einem Berliner Krankenhaus verschied das Mädchen an den Folgen. Wente, der verhaftet werden sollte, erschoss sich.

Waldbrände. Celle, 7. Mai. Zwei große Waldfeuer haben heute hier in der Nähe gewütet. Im Bruch nordöstlich von Garßen ging das erste Feuer auf und vernichtete einige hundert Rongen Wald und Heide. Moorarbeiter sollen sich dort im Freien Kaffee getrocknet und das Feuer unbeachtet gelassen haben. Aus Celle wurde Militär zur Hilfeleistung entsandt. Andere Mannschaften wurden nach Osten dirigiert, wo zwischen Ebingen und Hohnhorst ein großes Waldfeuer ausgebrochen war.

Reddinghausen, 8. Mai. Der Waldbrand dauert unermüdet fort, da der starke Wind das Feuer mit großer Schnelligkeit weiter treibt. Aus Wesel und Münster ist Militär zur Hilfeleistung eingetroffen. Die Bewohner der Ortschaften Erle und Rhaden räumen ihre Wohnungen, da die Flammen ihre Häuser zu erreichen drohen.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Altenburg, 8. Mai. Im hiesigen Kammerforst wütet seit heute Mittag ein Waldbrand, dem bereits große Flächen wertvollen Baumaterials zum Opfer gefallen sind. Die fünfte Kompanie des Altenburger Infanterieregiments ist am späten Nachmittag zur Hilfeleistung ausgerückt. Der Herzog hat sich im Automobil zur Brandstätte begeben.

Telegramme.

Die Demokratische Vereinigung und die Reichsfinanzreform.

Berlin, 8. Mai. Der Zentralvorstand der demokratischen Vereinigung hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Wir erblicken in der Behandlung der sogenannten Reichsfinanzreform eine das Ansehen und den Kredit Deutschlands aufs schwerste schädigende Komödie wider Willen. Der Blod und der leitende Staatsmann haben bei der Behandlung dieser Frage gleichmäßig ihre Unfähigkeit zur Lösung dieser großen Aufgabe erwiesen. Niemand konnte eine so große Reform gelingen, wenn sie bürokratisch vom grünen Tisch, statt durch eine parlamentarische Regierung gemacht werden sollte. Die Demokratie hält eine wirkliche Finanzreform für eine Staatsnotwendigkeit. Sie erblickt jedoch keine Reform in der bloßen Verwilligung neuer Steuern, sondern erachtet es für notwendig, daß eine grundsätzliche Regelung des Verhältnisses der Finanzen des Reiches zu denen der Einzelstaaten und Garantien für eine dauernde sparsame Wirtschaft hinzutreten. Sie fordert deshalb Einschränkung der militärischen Ausgaben, insbesondere durch Bestätigung mit den anderen Nationen über eine Minderung der Rüstungen. Die Grundlage jeder zur Gesundung der Finanzen führenden Reform muß eine bewegliche, progressive, direkte Reichsteuer (Einkommensteuer, Vermögenssteuer) sein. Neben sie muß eine progressive Steuer auf die größeren Erbschaften und eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien treten. Abzulehnen ist jede Erhöhung der indirekten Steuerlast, solange die Lebensnotwendigkeiten nicht von Steuern und Zöllen frei sind. Unerlässlich ist es, bei der gewaltigen Wehrbelastung des Volkes mit neuen, ihm Kompensationen durch Erweiterung seiner Rechte (Reichstagswahlrecht für Preußen, Stärkung der Macht des Reichstags) zu gewähren.

Massenhinrichtung in der Türkei.

Konstantinopel, 10. Mai. Vorgestern und gestern wurde eine große Anzahl von Personen hingerichtet, die an dem reaktionären Putsch teilgenommen haben. In einigen Moscheen wurden große Lager von Waffen und Munition aufgefunden.

Vereinsanzeiger.

Bruchsal. Dienstag Abend halb 9 Uhr Kartellung. Zu dieser sind auch die Vorstände der übrigen Vereinigungen dringend eingeladen. 2469 (Gesellschaftsartell.) Jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends halb 9 Uhr: Sitzung im Lokal auf der „Schanze“.

Preßkommission.

Beschwerden über Redaktion oder Expedition sind stets zu richten an: August Schwall, Augartenstraße 98.

